

„Kein Ort für Neonazis“

Rechtsextremismusbekämpfung in Thüringen als Aufgabe von Zivilgesellschaft und Staat

Freitag, 9. Oktober 2009, Gera

eine Kooperationsveranstaltung
der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Amadeu Antonio Stiftung

Ergebnisse der Tagung sind 14 Forderungen der Zivilgesellschaft an die Politik:

1. Vertrauen und Solidarität sind unerlässlich, damit sich Opfer rechter Gewalt an die Öffentlichkeit wagen und Engagierte sich weiter einsetzen.
2. Es müssen geeignete Maßnahmen gefunden werden, die sich mit der flächen-deckenden Präsenz von Rechtsextremismus auseinandersetzen. Engagement gegen Rechtsextremismus wird in der Fläche des Landes benötigt.
3. Aufmerksamkeit für Engagement ist auch im kleinen Rahmen notwendig. Die zwei oder drei Bürgerinnen und Bürger die sich in einem Ort gegen Rechtsextremismus einsetzen sind genau das Pflänzchen, das es zu hegen gilt.
4. Die Diffamierung und Stigmatisierung von gegen Rechtsextremismus engagierten Personen muss aufhören, v. a. wenn sie sich an der Form, und nicht an den Inhalten festmacht. Betroffene sind meist Antifas, Linke und Punks.
5. Bei der Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements gibt es einen starken Widerspruch zwischen der Anerkennung für die Freiheitsbewegung 1989/90 und der Unterstützung für das heutige Engagement gegen Rechtsextremismus.
6. Demokratische Haltung ist auch seitens der Politik notwendig: Der Einsatz gegen Rechtsextremismus von Politik, Bürgermeister/innen und Verwaltung muss selbstverständlich sein.
7. Die Kontinuität der Programme/Projekte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist wichtig.
8. Anforderung an die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus:
 - a) Finanzierung niedrigschwellig
 - b) Gestaltungsfreiheit bei der Verwendung der Gelder
 - c) lokale Netzwerke und professionelle Strukturen aufbauen

9. Demokratisierung fördern:
 - Eigene Wirkungsmächtigkeit für Bürgerinnen und Bürger muss deutlich werden
 - kein Abbau demokratischer Rechte, als Antwort auf Rex
 - Fehlendes Demokratieverständnis als Erbe der DDR
10. Repressive und ordnungspolitische Möglichkeiten, gegen Rechtsextremismus vorzugehen, sollen ausgereizt werden ohne dabei bürgerliche Rechte einzuschränken, beispielsweise das Versammlungsgesetz.
11. Die Möglichkeit, viele kleine Bildungsprojekte durchzuführen, ist wichtig, v. a. zur Aufklärung in Schulen und Jugendeinrichtungen. Vorbild können bestehende Lokale Aktionspläne (LAP im Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“) sein.
12. Der mangelnden Sensibilität und fehlendem Wissen bei Polizei, Staatsanwaltschaften und privaten Sicherheitsfirmen muss begegnet werden.
13. Dem Problem der Abwanderung von engagierten Bürger/innen muss begegnet werden.
14. Die Frage, wie Medien das Thema Rechtsextremismus behandeln, ist von zentraler Bedeutung und muss mit Medienvertreter/innen besprochen werden. Denkbar ist dafür eine eigene Tagung mit der AAS und/oder FES.